



PAULA BRONSTEIN / GETTY IMAGES

Philippinischer Baby-Boom

Rund 6400 Kinder werden Tag für Tag in dem asiatischen Inselstaat geboren, bis zu 100 sind es täglich im staatlichen Jose-Fabella-Krankenhaus in Manila. Die derzeit 20 Millionen

Einwohner zählende Hauptstadt wächst jährlich um Hunderttausende. Schon heute kämpft Manila mit der Überbevölkerung: Viele Arme leben in notdürftigen Hütten an Eisenbahngleisen, auf Friedhöfen und unter Brücken.

NOBELPREIS

Stolz in Oslo

Irgendwie typisch für die Staatenlenker Europas, dass sie – kaum war die EU im Oktober mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden – einen bizarren Streit austrugen, wer den Preis im Namen der Europäischen Union entgegennehmen sollte. Großbritanniens Premier David Cameron schlug vor, für jedes der 27 Mitgliedstaaten ein Kind nach Oslo zu schicken. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz streiten ohnehin ständig um die Frage, wer die EU nach außen vertreten darf. Bundeskanzlerin Angela



Präsident Hollande vor dem Élysée-Palast

Merkel machte beim Brüsseler Oktober-Gipfel den versöhnlichen Vorschlag, dass die Staats- und Regierungschefs geschlossen in die norwegische Hauptstadt reisen sollten. Dagegen wiederum protestierte der französische Staatspräsident François Hollande. Zugucken wie Rompuy, Barroso und Schulz auf der Bühne stehen, das wolle er auf keinen Fall. „Ich bin doch kein Statist“, so der Sozialist.

Vergangene Woche änderte Hollande plötzlich seine Meinung. Nachdem immer mehr EU-Staats- und Regierungschefs Merckels Vorschlag folgten, sagte auch der bockige Franzose seine Teilnahme für den 10. Dezember zu. Er werde an diesem Tag „mit Stolz“ und „großem Verantwortungsgefühl“ nach Oslo reisen, verkündete er in Paris.

KOLUMBIEN

Comeback der Paras

Verbrechen paramilitärischer Banden überschatten die Friedensgespräche zwischen der Guerilla Farc und Kolumbiens Regierung, die vor zwei Wochen auf Kuba begonnen haben. Todeschwadronen ermordeten Anfang November im Nordwesten Kolumbiens mehrere Kleinbauern, wahrscheinlich im Streit um Anbauflächen und Drogenrouten. Der Konflikt um die Verteilung von Land steht im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die Guerilla der Farc, in den sechziger Jahren als Bauernarmee entstanden, fordert eine Landreform zugunsten von Kleinbauern, die bei Kolumbiens Großgrundbesitzern auf erbitterten Widerstand stößt. Präsident Juan Manuel Santos schlägt nun vor, den Bauern ihre Ländereien zurückzugeben, von denen sie vertrieben wurden. Die Rückkehrer aber fürchten Racheakte der Todeskommandos. Denn die Paras haben vielerorts die Farc vertrieben und eine Schreckensherrschaft errichtet.